

# SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Volksrechte 4

Der Bundesrat will Volksrechte massiv beschränken.



## SVP Erfolge 7

SVP ist Wahlsiegerin in den Kantonen Wallis und Solothurn.



## SVP bi de Lüt 10

Treffen Sie Ihre SVP-Vetreter in Bundesbern.



dietschi  
DRUCK&MEDIEN OLTEN



Mehr als eine Druckerei.

Dietschi AG Druck&Medien | Ziegelfeldstrasse 60 | 4601 Olten  
Telefon 062 205 75 75 | Telefax 062 205 75 00  
www.dietschi.ch | info@dietschi.ch

# Volkswahl statt Mauscheleien



Am 9. Juni 2013 kommt die Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“ zur Abstimmung.

Am 9. Juni 2013 kommt die Initiative „Volkswahl des Bundesrates“ zur Abstimmung. Mit der Initiative will die SVP den Mauscheleien und Intrigen bei Bundesratswahlen ein Ende setzen und transparente und faire Regeln für die Bundesratswahlen genau gleich wie für die kantonalen Regierungsratswahlen ermöglichen. Stabilität und Kontinuität werden mit der Volkswahl gewährleistet. Spielchen und taktische Tricks werden verunmöglicht.

In den Kantonen und Gemeinden wählen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Regierung bereits heute ohne Probleme. Dieses Recht soll nun auch für den Bundesrat gelten, welcher alle vier Jahre anlässlich der nationalen Wahlen direkt vom Volk gewählt werden soll. Mit der Volkswahl des Bundesrates wird

die direkte Demokratie gestärkt und der Bundesrat ist dem Volk direkt verpflichtet. Der Bundesrat hat die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen und Volksentscheide ohne Wenn und Aber umzusetzen.

Ein weiterer Vorteil der Initiative ist die Berücksichtigung sprachlicher Minderheiten in der Schweiz. Bei einem JA zur Initiative „Volkswahl des Bundesrates“ erhalten die Romandie, das Tessin und die italienischsprachigen Südtäler Graubündens garantiert zwei Sitze. Heute ist dies nicht der Fall. Mehr dazu in diesem SVP-Klartext auf der Doppelseite 8 und 9.

Mit der Volkswahl des Bundesrates haben profilierte Persönlichkeiten vermehrt Chancen, in den Bundesrat gewählt zu werden.



# Dem Volk vertrauen - JA zur Volkswahl

Hinter den Kulissen, sowohl in Bern als auch in Lausanne, wird fast unbemerkt daran gearbeitet, die Volksrechte künftig massiv einzuschränken. Der Bundesrat hat erst kürzlich eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung geschickt.

### Einschränkung des Initiativrechts

So sollen die Gründe für eine Ungültigkeitserklärung einer Volksinitiative massiv ausgeweitet werden. Das Parlament soll nach dem Willen vom Bundesrat künftig jene Volksinitiativen für ungültig erklären, die „den Kerngehalt der Grundrechte“ verletzen. Damit soll gemäss Bundesrat die „Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit den wichtigsten völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz“ gestärkt werden. Mit diesen schwammigen Formulierungen öffnet der Bundesrat der politischen Willkür Tür und Tor. Das Parlament erhält neu die Kompetenz, unliebsame Initiativbegehren für ungültig zu erklären.

### Warnhinweise auf Volksinitiativen

Nach geltendem Recht erklärt das Parlament eine Volksinitiative für ungültig, wenn sie zwingendem Völkerrecht widerspricht, z.B. dem Verbot von Völkermord, Folter oder Sklaverei. Neu soll eine materielle Vorprüfung durch die Bundesverwaltung noch vor der Unterschriftensammlung erfolgen. Könnte es mit einer Initiative zu einem möglichen Konflikt mit irgendeinem internationalen Abkommen oder irgendwelchem, nicht zwingendem „Völkerrecht“ kommen, soll auf dem Initiativbogen ein „Warnhinweis“ angebracht werden. Die Absicht ist klar. Der Bundesrat will sich, dem Parlament und der Verwaltung mehr Macht zuschanzen und die Bürgerinnen und Bürger zunehmend entmündigen.

### Bundesgericht will Volk ausschalten

Noch nicht genug. Auch Urteile aus Lausanne lassen aufhorchen. In einem kürzlich publizierten Entscheid hält das Bundesgericht fest, dass auch nicht zwingendes internationales Recht dem schweizerischen Recht vorzugehen habe. Gemäss Bundesgericht soll fortan Völkerrecht in jedem Fall - also nicht nur beim zwingenden Völkerrecht - über dem schweizerischen Recht stehen. Internationales Recht und internationale Verträge gingen also in Zukunft den Beschlüssen von Volk und Parlament vor. Die Schweiz hätte sich damit jeder Entwicklung von internationalem Recht zu unterwerfen.

### EU-Beitritt durch die Hintertüre

Das Bundesgericht stellt mit solchen Urteilen letztlich die direkte Demokratie und die Souveränität unseres Landes in Frage. Gesetzgeber und Volk werden ausgeschaltet. Folge wäre ein umfassender Vorrang von internationalem Recht gegenüber Schweizer Recht und ein Richterstaat. Damit könnte beispielsweise auch eine Integration der Schweiz in die EU ohne Volksentscheid, alleine aufgrund einer sich anpassenden Rechtsentwicklung, von den Gerichten durchgesetzt werden. Darauf gibt es nur eine Antwort!

### Volkswahl des Bundesrates

Das Volk muss sich gegen diese Entwicklung wehren und das Heft wieder selber in die Hand nehmen. Am 9. Juni 2013 kommt unsere Initiative „Volkswahl des Bundesrates“ zur Abstimmung. Letztlich geht es um die Grundsatzfrage, ob unsere Volksrechte gestärkt werden sollen oder ob sich das Schweizer Volk entmachten lassen will. Ob die Bevölkerung künftig mehr oder weniger

Mitsprache hat. Nur wenn der Bundesrat direkt in die Verantwortung genommen wird, können diese unheilvollen Entwicklungen gestoppt werden. Werden die Bundesräte künftig direkt vom Volk gewählt, werden sie sich zweimal überlegen, ob die Entmachtung des Volkes der richtige Weg ist.

### Die SVP gewinnt!

Sowohl im Kanton Wallis wie auch im Kanton Solothurn ging die SVP anfangs März als Gewinnerin aus den kantonalen Parlamentswahlen hervor. Im Kanton Wallis konnte die SVP gleich 9 Sitze dazugewinnen und auch im Kanton Solothurn hat die SVP einen Sitzgewinn zu verzeichnen. Unsere Partei war die einzige aller grossen Parteien, die gewonnen und nicht verloren hat. Die Verluste vor allem der CVP, aber auch der FDP und SP sind konstant und gehen immer weiter. Im Wallis ist die CVP erstmals nicht mehr alleinige Mehrheitspartei im Parlament. Sie muss lernen die Macht zu teilen.

### Oskar Freysinger neuer Staatsrat!

Die behaarlische Aufbauarbeit im Kanton Wallis hat sich ausgezeichnet. Oskar Freysinger ist mit dem besten Ergebnis aller Kandidierenden zum neuen Staatsrat gewählt worden. Damit ist die SVP erstmals in ihrer Geschichte in der Walliser Regierung präsent. Wir gratulieren unserem Vizepräsidenten zu seinem Spitzenergebnis recht herzlich und wünschen ihm in seiner neuen Aufgabe viel Erfolg und Befriedigung.

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'Toni Brunner'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Toni Brunner  
Präsident SVP Schweiz

## Unabdingbare Minimalrevision und dennoch bekämpft

Als dies kann man die Asylgesetzrevision bezeichnen, über welche das Volk am 9. Juni aufgrund des Referendums der Linken befinden wird – angesichts aller Probleme, welche die Bevölkerung täglich miterlebt.

Während den parlamentarischen Beratungen über die Revision des Asylgesetzes wurden bei uns Hoffnungen geweckt, dass die Mitteparteien sich endlich der Schwere der Situation bewusst wurden, als sie einige unumgängliche Massnahmen unterstützten, welche das fehlerhafte System von Bundesrätin Sommaruga korrigieren sollten. Wir wurden leider schnell wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Erschreckt durch die eigene Kühnheit und eingeschüchtert durch die Asylindustrie, haben viele dieser Parlamentarier die wirkungsvollsten Vorschläge der SVP, welche ein wenig Ordnung in das Asylchaos bringen sollten, erneut verwässert.



**Mehr als 50 Prozent der Asylsuchenden sind kriminell. Die SVP fordert harte Massnahmen.**

Obwohl viele gute Massnahmen auf der Strecke blieben, existiert dennoch ein minimales, aber absolut notwendiges Element, um die kriminelle Energie, welche von vielen Asylbewerbern ausgeht, zu reduzieren. Renitente Asylbewerber, welche unser Land als Eink(l)aufsladen betrachten, sollen in speziellen Zentren untergebracht werden. Da man bei einer Vielzahl dieser

Personen oft (noch) keine Möglichkeit sieht, sie auszuschaffen, bleibt die einzige Option, ihnen bestimmte Freiheiten und Annehmlichkeiten zu verwehren. Damit schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: Einerseits wird die Gesellschaft etwas vor diesen Verbrechern geschützt, andererseits schreckt man potentielle Kriminelle ab, diesen Weg überhaupt erst einzuschlagen. Die SVP wollte jedoch weiter gehen und gänzlich geschlossene Zentren für renitente Asylbewerber einführen, was jedoch von den Mitteparteien nicht unterstützt wurde. Beleidigende und masslos übertriebene Vergleiche mit Konzentrationslagern wurden von linker Seite gegen die Forderung der SVP nach geschlossenen Zentren ins Feld geführt, anstatt die Sicherheit der Bevölkerung und die Durchsetzung unserer Rechtsordnung ins Zentrum zu stellen.

Ein weiteres wichtiges Element der Asylgesetzrevision ist die Tatsache, dass die Möglichkeit der Einreichung eines Asylgesuches bei einer Schweizer Botschaft im Ausland gestrichen wurde. Die Schweiz war bis anhin das einzige Land in Europa, welche diese Möglichkeit angeboten hat, was entsprechend oft missbraucht wurde. Dies wurde nun vom Parlament korrigiert, ebenso wie der verfehlte Entscheid der damaligen Asylrekurskommission, dass Wehrdienstverweigerer aus Eritrea immer als Flüchtlinge gelten. Daraufhin strömten Tausende Eritreer und Personen, die behaupteten solche zu sein, mit der hohlen Hand in die Schweiz. Wehr-

dienstverweigerung wurde nun explizit als Flüchtlingseigenschaft gestrichen.

Trotz dieser bloss minimalen Verschärfungen wird die dringliche Revision nun von linker Seite bekämpft. Anscheinend sehen diese aufgrund ihrer idealisierten Weltanschauung nach wie vor absolut keine Notwendigkeit, auf die herrschenden Missstände zu reagieren.

**„Renitente Asylbewerber, welche unser Land als Eink(l)aufsladen betrachten, sollen in speziellen Zentren untergebracht werden.“**

Nationalrat Yvan Perrin (NE)

Obwohl man noch viel weiter gehen müsste, sind diese kleinen Verbesserungen besser als gar nichts. Die kriminellen und Missbrauch betreibenden Asylbewerber haben - mit Hilfe unserer Asylindustrie – das Schweizer Rechtssystem sehr gut studiert und es entsprechend ausgenützt, wohlwissend, dass die Polizei gegen sie nichts unternehmen kann. Es reicht nun. Die Zeit der Blauäugigkeit und Träumerei ist vorbei. Wir müssen uns mit voller Energie und Überzeugung in der Abstimmungskampagne engagieren, um einen klaren Sieg zu erringen, damit unsere Bevölkerung der ganzen Welt zeigen kann, dass Fehlverhalten und Missbrauch in der Schweiz nicht toleriert wird.



von Nationalrat Yvan Perrin, La Côte-aux-Fées (NE)

# 4 Volksrechte in Gefahr

## Zitat

„SVP kämpft gegen Staatsstreich der Classe politique“

## Zoom

Der Bundesrat will bei Volksinitiativen Unterschriftenbögen künftig mit einem Warnhinweis versehen.



## Was will der Bundesrat tun?

Die SVP ist schockiert, dass der Bundesrat plant, die Volksrechte massiv einzuschränken. Die Vorlagen wurden Mitte März in die Vernehmlassung geschickt. Sowohl eine materielle Vorprüfung von Volksinitiativen mit „Warnhinweis“ auf dem Initiativbogen als auch die Verschärfung der Gültigkeitsvoraussetzungen mit Verweis auf „völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz“ stellen eine unhaltbare Beschneidung der Volksrechte und der direkten Demokratie dar. Die Classe politique, Beamte und Richter sollen eine allumfassende Machtstellung erhalten. Damit öffnet der Bundesrat der politischen Willkür Tür und Tor. Das Parlament könnte, quasi nach Belieben - mit Verweis auf schwammige Begriffe - unliebsame Initiativen für ungültig erklären. Ein solches Vorgehen käme einem Frontalangriff auf die Volksrechte und einer Entmachtung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gleich.

# Volksrechte unter Druck

In den 90er-Jahren wurden – von allem bei den Diskussionen um den EWR-Beitritt – unsere Volksrechte offen in Frage gestellt. Heute hingegen werden die Volksrechte „schleichend“ eliminiert. Die Bestrebungen zu einer Einschränkung der direkten Demokratie finden heute weitgehend verdeckt via Vorlagen aus der Bundesverwaltung und Entscheide des Bundesgerichts statt – eine höchst bedenkliche Entwicklung.

Im Februar dieses Jahres publizierte das Bundesgericht ein Urteil, das sich auf die Ausschaffung eines kriminellen Drogendealers bezieht. Das Bundesgericht stellte sich auf den Standpunkt, dass ein zu eineinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilter mazedonischer Staatsbürger nicht in sein Heimatland ausgewiesen werden darf. Die Migrationsbehörde des Kantons Thurgau hatte eine solche Ausweisung verfügt, weil der Mann wegen Drogendelikten verurteilt worden war (geplante Umsetzung

*„Der von Volk und Ständen im November 2010 mit der Ausschaffungs-Initiative angenommene Verfassungstext muss mit einem Bundesgesetz umgesetzt werden. Dieser politische Prozess ist derzeit im Gang. Nun greifen die Bundesrichter mit diesem Urteil massiv in den laufenden Gesetzgebungsprozess ein!“*

Nationalrat Luzi Stamm (AG)

von rund einem Kilogramm Heroin; eine enorme Menge! Gemäss „alter Bundesgerichtspraxis“ galt die Faustregel, dass für 12 Gramm Heroinhandel ein Jahr Freiheitsentzug resultiert). Der Mazedonier rekurrierte mit der Begründung, die Ausweisung sei unverhältnismässig, weil er gut integriert sei. Das Bundesgericht gab ihm nun mit Verweis auf die Praxis des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) Recht. Im gleichen Sinn hat das Bundesgericht auch jüngst im Fall eines wegen Drogenhandels zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Afghanen argumentiert. Weil er in der Schweiz Frau und Kind habe, sei eine Ausweisung nicht zumutbar.

## Einflussnahme auf Parlament

Der von Volk und Ständen im November 2010 mit der Ausschaffungs-Initiative angenommene Verfassungstext muss mit einem Bundesgesetz umgesetzt werden. Dieser politische Prozess ist derzeit im Gang. Nun greifen die Bundesrichter mit diesem Urteil massiv in den laufenden Gesetzgebungsprozess ein! Das Bundesgericht stellt in den Raum, dass es sich ganz allgemein weder an die Bundesverfassung noch an das

folgende Gesetz gebunden sieht, wenn irgendein Verstoß gegen eine Bestimmungen des internationalen Rechts vorliegt.

Dass der Grundsatz „zwingen-

des Völkerrecht geht der nationalen Rechtsordnung vor“, in der Schweiz gilt, ist und war immer selbstverständlich: Völkermord, Folter, Sklaverei etc. sind (auch) bei uns selbstverständlich verboten. Gemäss Bundesgericht soll nun aber künftig das Völkerrecht generell über dem schweizerischen Recht stehen, internationales Recht und internationale Verträge sollen also Vorrang haben vor unseren Bundesgesetzen und Volksentscheiden. Die Schweiz müsste sich damit jeder Entwicklung von internationalem Recht unterwerfen; eine ganz grundlegende Änderung gegenüber dem bisherigen Verfassungsverständnis.

## Bundesrat will Volksrechte beschneiden

In die gleiche Richtung gehen zwei Vorlagen, die der Bundesrat Mitte März in die Vernehmlassung geschickt hat. Der Bundesrat will in Zukunft höhere Hürden für die Gültigkeit von Volksinitiativen ansetzen. Nach geltendem Recht erklärt das Parlament eine Volksinitiative für ungültig, wenn sie zwingendem Völkerrecht widerspricht. Neu soll eine materielle Vorprüfung durch die Bundesverwaltung noch vor der Unterschriftensammlung erfolgen. Könnte es mit einer Initiative zu einem möglichen Konflikt mit irgendeinem internationalen Abkommen oder irgendwelchem, nicht zwingendem „Völkerrecht“ kommen, soll auf dem Initiativbogen ein „Warnhinweis“ angebracht werden. Damit will der Bundesrat auf die Unterschriftensammlung Einfluss nehmen.

Gleichzeitig sollen die Gründe für die Ungültigkeitserklärung einer Volksinitiative massiv ausgeweitet werden. Das Parlament soll neu auch Volksinitiativen für ungültig erklären, die den „von der Bundesverfassung anerkan-

**„Der Bundesrat öffnet auf diese Weise der politischen Willkür Tür und Tor. Das Parlament erhält die Kompetenz, quasi nach Belieben - mit Verweis auf schwammige Begriffe - unliebsame Initiativen für ungültig zu erklären.“**

*Nationalrat Luzi Stamm (AG)*

ten Kerngehalt der Grundrechte“ verletzen. Damit soll gemäss Bundesrat die „Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit den wichtigsten völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz“ gestärkt werden. Was dieser Kerngehalt der Grundrechte umfassen soll, ist unklar. So frohlockt der Bundesrat im erläuternden Bericht zum Vernehmlassungsverfahren bereits, dass die anwendenden Behörden bei der Bestimmung des Kerngehalts „einen gewissen Handlungsspielraum“ haben. Kurz:



***Die Landsgemeinde von Appenzell. Wenn es nach dem Bundesrat geht, gehören die Volksrechte der Schweizerinnen und der Schweizer bald der Vergangenheit an.***

Der Bundesrat öffnet auf diese Weise der politischen Willkür Tür und Tor. Das Parlament erhält die Kompetenz, quasi nach Belieben - mit Verweis auf schwammige Begriffe - unliebsame Initiativen für ungültig zu erklären. Ein solches Vorgehen käme einem Frontalangriff auf die Volksrechte und einem massiven

Abbau unserer direkten Demokratie gleich.

## Stärkung Beamter und Richter ist der falsche Weg

Letztlich führt diese Entwicklung nicht „nur“ zu einer Einschränkung der Volksrechte, sondern auch dazu, dass die Schweiz das eigene Landesrecht gar nicht mehr eigenständig entwickeln kann. Das internationale Recht, das natürlich ohne Mitwirkung des schweizerischen Gesetzgebers

und der Stimmbürger geschaffen wird, wäre für die Schweiz bindend, während das Landesrecht zu einem Recht zweiter Klasse wird, das sich nur noch beschränkt weiter entwickeln kann und in immer weniger Bereichen relevant ist. Gestärkt werden dadurch insbesondere Beamte und Richter, Juristen- und Expertengremien, die sich akribisch um eine Umsetzung internationalen Rechts bemühen. Die Schweiz als souveräner Staat und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger werden hingegen massiv geschwächt.

Diese Tendenz muss entschieden bekämpft werden. Die Parteileitung der SVP hat deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche Optionen und Projekte erarbeiten soll, um die Volksrechte und die direkte Demokratie zu erhalten und zu stärken.



*von Nationalrat Luzi Stamm, Vizepräsident SVP Schweiz, Baden (AG)*

# Der Bettelei kann nur mit einem Verbot Einhalt geboten werden

Die Bettelei wird zu einem immer grösseren Problem in unseren Städten. Seit dem Jahr 2007 hat die SVP Waadt eine Vielzahl politischer Vorstösse eingereicht. Der befürchtete Dominoeffekt aufgrund des Verbotes der Bettelei in Lyon (Frankreich, Nachbarstadt von Genf) ist eingetroffen. Die Realität heute in Lausanne und anderen Städten ist sogar noch schlimmer als die SVP damals prophezeit hatte.

Heutzutage ist das Betteln grösstenteils ein gesundheitliches und humanitäres Problem, welches auf der wirtschaftlichen Ausbeutung von hilflos ausgelieferten Personen, Behinderten oder Kindern basiert. Vor diesem traurigen Hintergrund fordert die SVP als ersten Schritt ein vollständiges Bettelverbot auf dem ganzen Kan-

ton, die Behörden nach Möglichkeiten, das Betteln auf ihrem Gebiet zu reglementieren. Dies führt die Notwendigkeit einer kantonalen Lösung in aller Deutlichkeit vor Augen.

### Wieso will die SVP Waadt das Betteln verbieten?

Die SVP kämpft gegen die Ausbeutung von schwachen und anfälligen Menschen, welche auf unseren Strassen zum Betteln gezwungen werden. Solche Praktiken tolerieren wir hierzulande nicht. Aus Sicht der SVP reichen die grosszügigen Sozialleistungen und die Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens vollkommen aus, um arme und bedürftige Mitmenschen zu unterstützen.

los ausgelieferten Personen unterbinden, ebenso den Missbrauch unseres Sozialnetzes stoppen und damit verhindern, dass Unbefugte in den Genuss von Sozialleistungen kommen. Wir von der SVP sind überzeugt, dass es humaner ist, das Betteln und die Ausbeutung von Wehrlosen zu verbieten als dies zu tolerieren oder gar zu legalisieren und damit dem Leid dieser Personen Vorschub zu leisten.

### Eine gesetzgeberische Initiative ist der einzige Weg, die Bettelei wirksam zu bekämpfen!

Da sich sämtliche übrige Parteien des waadtländischen grossen Rats weigern, das Betteln zu verbieten, hat sich die SVP des Kantons Waadt für die Lancierung einer Initiative unter dem sinngemässen Titel „Verbieten wir das Betteln und die Ausbeutung hilfloser Personen auf dem Gebiet des Kantons Waadt!“ entschieden.

Selbst wenn gewisse Interessengruppen versuchen, die Konsequenzen der tolerierten Bettelei auf unseren Strassen zu verschweigen, sollte mittlerweile allen Bürgerinnen und Bürgern klar sein, dass das Betteln im öffentlichen Raum unsere Lebensqualität einschränkt und die Sicherheit in unserem Kanton reduziert. Unterstützen Sie daher die Initiative der SVP des Kantons Waadt!



*Suche den Fehler! Die Bevölkerung von Lausanne lässt sich jeden Tag von falschen Bettler manipulieren.*

tonsgesamt. Das organisierte Betteln, welches mittlerweile in zahlreichen Waadtländer Städten und Gemeinden an der Tagesordnung ist, hat das Unvermögen, dieses Problem auf Gemeindeebene zu lösen, deutlich vor Augen geführt.

Gegenüber jenen Gemeinden, welche das Betteln verboten haben, stellt sich die Stadt Lausanne quer, indem sie Betteln gestattet. Das Bettel-Problem hat sämtliche grösseren Gemeinden und Städte in der Waadt erfasst, aber statt das Problem zu beheben, suchen

Leider ist es heutzutage der Fall, dass wir aufgrund des freien Personenverkehrs vor ganz anderen Tatsachen stehen: Jedermann kann nach Belieben in die Schweiz ein- und ausreisen, ohne dabei eine Grenzkontrolle passieren zu müssen. Unsere Sozialinstitutionen werden von ausländischen Bettlern missbraucht, was in keiner Art und Weise dem eigentlichen Sinn und Zweck der Personenfreizügigkeit entspricht.

Die SVP will mit Bettelverbot die Ausbeutung von schwachen und hilf-



*von Grossrat Claude-Alain Voiblet, Vizepräsident SVP Schweiz, Lausanne (VD)*

# SVP ist Wahlsiegerin der kantonalen Wahlen

Bei den kantonalen Wahlen im Wallis und in Solothurn vom 3. März 2013 konnte die SVP Wählerstimmen hinzugewinnen und weitere Sitze erobern. Die Regierungsratswahlen in Solothurn, Baselland und Appenzell Auser rhoden verliefen wie erwartet. Im Wallis überraschte Oskar Freysinger im 2. Wahlgang mit der Wahl in den Staatsrat.

Im Wallis feiert die SVP einen Erdrutschsieg und konnte ihren Stimmenanteil um 5.7% steigern. **Dies bedeutet 9 zusätzliche Sitze im Grossen Rat.** Die SVP überholt die SP und stellt neu 21 Sitze im Grossen Rat, während die SP nur noch 14 Sitze hält (-3). Auch die CVP musste Federn lassen und verliert nicht nur 7 Sitze, sondern auch die seit über 150 Jahren bestehende absolute Mehrheit im Grossen Rat.

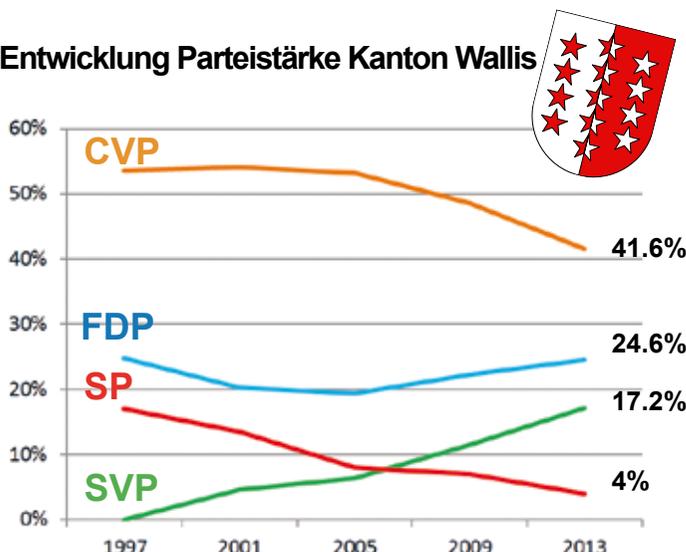
## Wahlfeuerwerk der SVP Wallis

Eine riesige Überraschung ist auch **die Wahl von Oskar Freysinger in den Staatsrat.** Mit über 56'000 Stimmen erzielte er wie schon im ersten Wahlgang das beste Resultat aller Kandidatinnen und Kandidaten. Die SVP zieht zum ersten Mal in den Walliser Staatsrat ein und verdrängt nach 76 Jahren die FDP.



Oskar Freysinger hat im Jahr 1999 die SVP Wallis gegründet und war bis 2003 deren Präsident, als er in den Nationalrat gewählt wurde. Er übernahm 2008 das Präsidentenamt der SVP Unterwallis und am 5. Mai 2012 wurde er Vizepräsident der SVP Schweiz. Am 17. März 2013 wurde er in den Staatsrat gewählt.

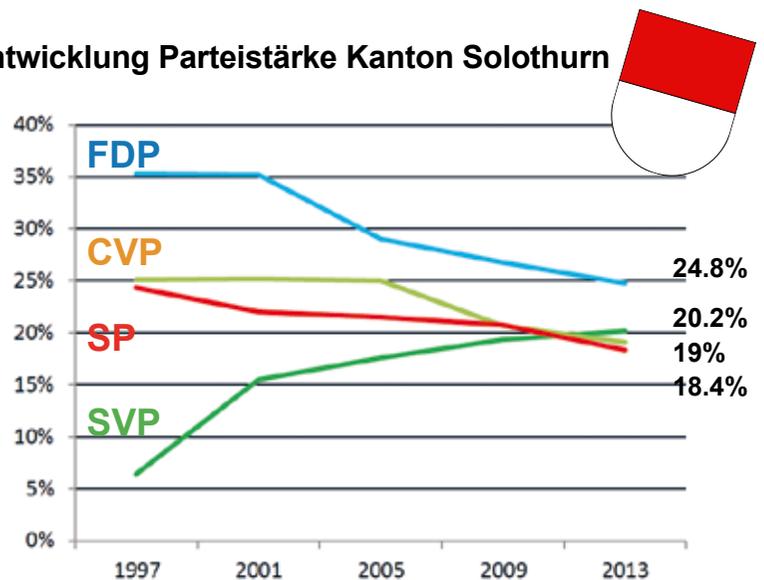
## Entwicklung Parteistärke Kanton Wallis



Bei den Wahlen im Kanton Solothurn gelang es der SVP einen weiteren Sitz zu erobern und kommt neu auf 19 Sitze im Kantonsrat. Erfreulich ist vor allem die Tatsache, dass die SVP die einzige grosse Partei im Solothurn ist, die Wähleranteile hinzugewinnen konnte. Sowohl FDP, CVP als auch SP haben Wähleranteile und Sitze verloren. Nach Wähleranteilen ist die SVP zur zweitstärksten Partei aufgestiegen und hat die 20 Prozent Marke durchbrochen.

Ernüchternd war das Resultat bei den Regierungsratswahlen. Der SVP Kandidat Albert Studer belegte den 7. Platz. Es kommt auch in Solothurn zu einem zweiten Wahlgang, weil nur zwei Kandidaten das absolute Mehr erreichten. Die SVP Solothurn tritt im zweiten Wahlgang jedoch nicht mehr an.

## Entwicklung Parteistärke Kanton Solothurn



## Regierungsratswahlen in Baselland und Appenzell Auser rhoden verliefen wie erwartet

Nach dem ersten Wahlgang lieferten sich Thomas Weber von der SVP und Eric Nussbaumer (SP) ein Kopf an Kopf Rennen. Die Ausgangslage für den zweiten Wahlgang ist offen.

Die SVP Kandidatin Ingeborg Schmid belegte bei der Regierungsrats-Ersatzwahlen den zweiten Platz. Da niemand das absolute Mehr erreichte kommt es zum zweiten Wahlgang, wo Ingeborg Schmid erneut antritt

# 8 Abstimmung vom 9. Juni 2013

## Volkswahl statt Mauscheleien

Am 9. Juni 2013 kommt die Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“ zur Abstimmung. In allen Kantonen und Gemeinden wird die Exekutive, also die Regierung, vom Volk gewählt. Nur auf Bundesebene dürfen die Stimmbürger bislang nicht mitreden. Der Bundesrat wird derzeit direkt von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt, also von National- und Ständerat. Meist wählt dieses Gremium eine Person aus ihren Reihen in die Landesregierung. Mauscheleien sind der Regelfall. Das Volk kann nicht mitreden. Dies gilt es zu ändern. Der Bundesrat ist in erster Linie dem Volk verpflichtet und soll auch von diesem gewählt werden.

### Um was es geht?



Endlich haben die Stimmbürger bei der Bundesratswahl etwas zu sagen.

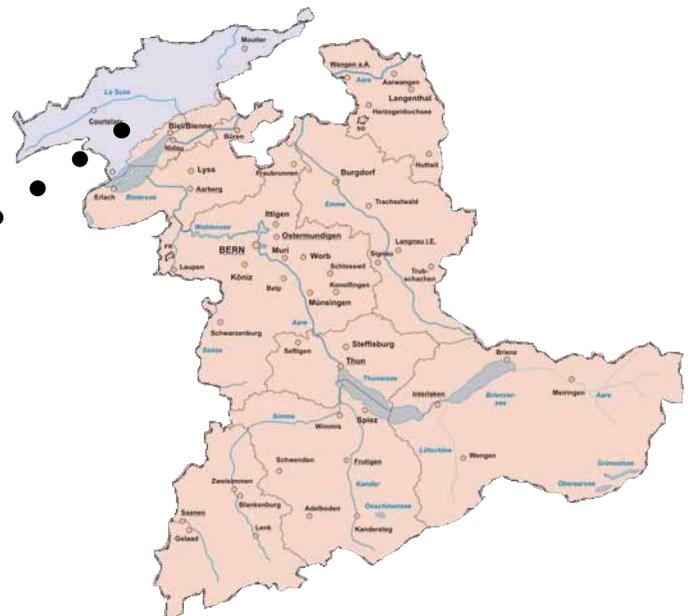
Die eidgenössischen Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrates führt zu einer Erweiterung der Volksrechte. Alle Bürgerinnen und Bürger haben künftig die Möglichkeit, die Landesregierung direkt mit ihrer Stimme zu wählen. So wird die direkte Demokratie gestärkt.

- Die Volkswahl von Regierung und Parlament hat sich in den Kantonen und Gemeinden bewährt. Die Wahl ist transparent, fair und führt zu einer besseren Kontrolle der Macht.
- Hinterzimmerabsprachen und Mauscheleien vor den Bundesratswahlen werden unterbunden.
- Die Volkswahl des Bundesrates findet alle vier Jahre gleichzeitig mit den Nationalratswahlen statt. So braucht es keine zusätzlichen, teuren Kampagnen für die Bundesratswahlen.

Der Bundesrat ist dem Volk direkt verpflichtet. Mit der Wahl durch das Volk sind die Bundesräte direkt den Stimmbürgern verpflichtet. Der Bundesrat kann sich fortan nicht mehr erlauben, Abstimmungsentscheide zu missachten oder Initiativen nicht umzusetzen.

von Judith Uebersax, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Sattel (SZ)

**Kanton Bern: Im Regierungsrat ist ein Sitz für den Berner Jura garantiert.**



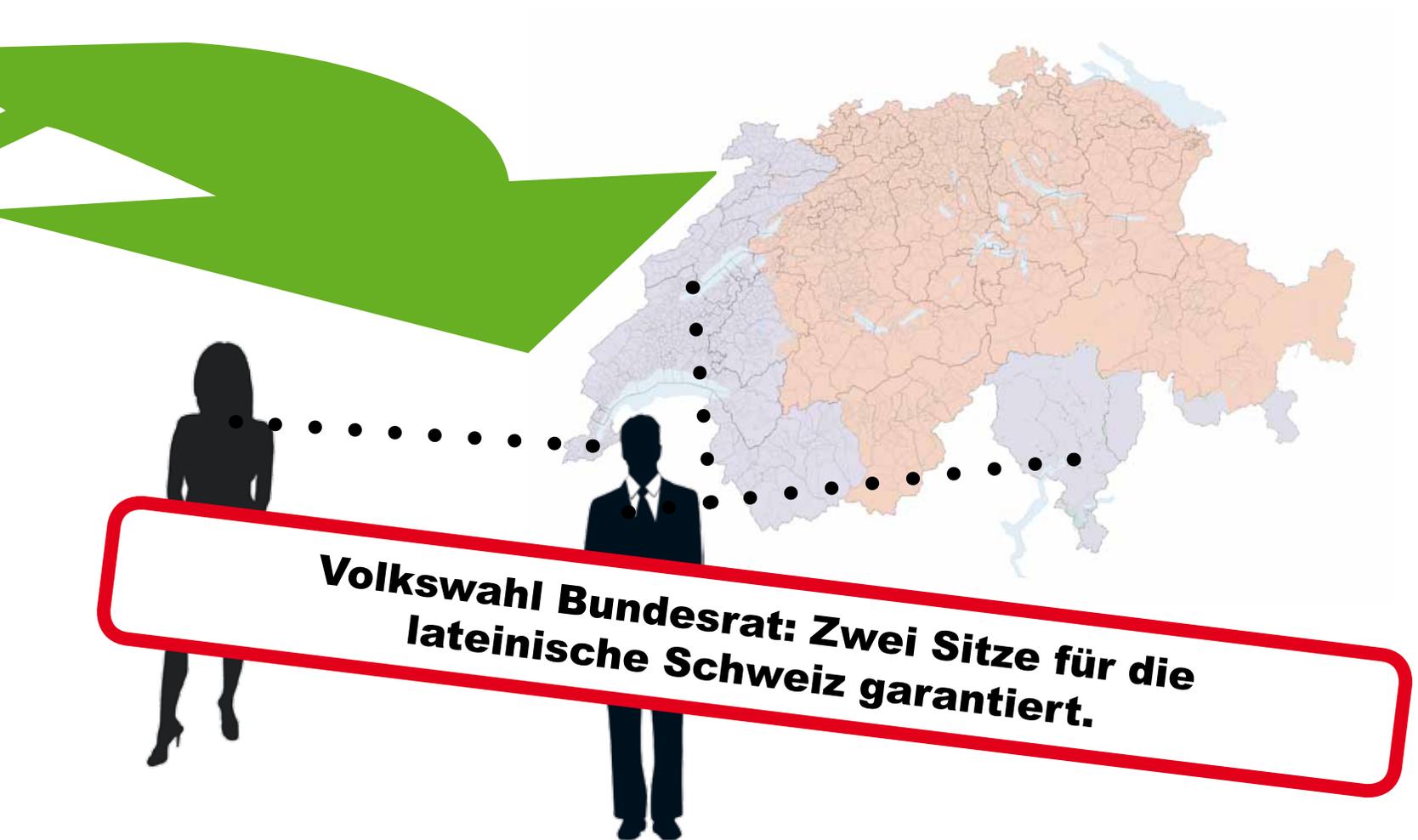
**Der Regierungsrat des Kantons Bern besteht aus 7 Mitgliedern.**

Im Kanton Bern wird schon jetzt der sprachlichen Minderheit vom Berner Jura mindestens ein Sitz im Regierungsrat garantiert. Dieses Modell wird auch in der Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» verwendet. Erreicht ein Kandidat aus dem Berner Jura zwar das absolute Mehr, ist jedoch nicht unter den ersten sieben, so muss die am schlechtesten gewählte Person dem bestgewählten Berner Jura-Kandidat Platz machen.

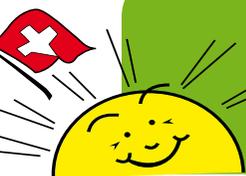
## Zwei Sitze für sprachliche Minderheiten garantiert

**Die Initiative für die Volkswahl des Bundesrates garantiert die angemessene Vertretung der sprachlichen Minderheiten im Bundesrat: Mindestens zwei Vertreter der französisch- oder italienischsprachigen Schweiz müssen dem Bundesrat angehören. Die Volkswahl des Bundesrates schützt die sprachlichen Minderheiten damit sogar besser, als dies heute der Fall ist.**

**Derzeit besteht keine entsprechende Regelung.**



Die Volksinitiative „**Volkswahl des Bundesrates**“ legt bezüglich des Wahlsystems die wichtigen Grundpfeiler fest. Detailbestimmungen werden im Rahmen der Umsetzung zu erfolgen haben. Indem die Volksinitiative den sprachlichen Minderheiten in der Schweiz zwei Sitze im Bundesrat garantiert, lehnt sie sich am System des zweisprachigen Kanton Bern an.



**[www.volkswahl.ch](http://www.volkswahl.ch)**

*Informationen, Initiativtext, Argumente, Videos anschauen*

# 10 Frühjahrssession 2013

## SVP bi de Lüt

Was machen eigentlich die Parlamentarier in Bern? Was wird diskutiert und wie stellt sich die SVP dazu? Stellen Sie Ihre Fragen Ihren SVP-Vertretern im National- und Ständerat. Die Mitglieder der SVP-Fraktion haben den Auftrag, nach jeder Session einen öffentlichen Anlass durchzuführen, um den Bürgern aus Bern zu berichten. Hier ist die Liste aller Parlamentarier und Kantonalparteien, welche einen solchen Anlass durchgeführt haben oder noch durchführen.

### Kanton Aargau



Nationalrat  
Hansjörg Knecht (AG)  
21. März 2013, 19.00 Uhr  
Restaurant Landhuus,  
Gansingen (AG)



Nationalräte  
Sylvia Flückiger, Ulrich  
Giezendanner, Hans Killer,  
Hansjörg Knecht, Maximilian  
Reimann, Luzi Stamm  
(alle AG)



23. März 2013, 11.00 Uhr  
Tägerhard, Wettingen (AG)



25. März 2013, 19.30 Uhr  
Schützen, Aarau (AG)



Nationalrätin  
Sylvia Flückiger (AG)  
26. März 2013, 19.30 Uhr  
Café Caprice, Schöffland (AG)

### Kanton Bern



Nationalrat  
Andreas Aebi (SG)  
13. März 2013, 20.00 Uhr  
Bären, Ersigen (BE)



Nationalrat  
Christoph Mörgeli (ZH)  
13. März 2013, 20.00 Uhr  
Därstetten (BE)



Nationalrat  
Toni Brunner (SG)  
20. März 2013, 20.15 Uhr  
Restaurant Biberenbad,  
Biberen (BE)



Nationalräte  
Erich von Siebenthal (BE),  
Hansruedi Wandfluh (BE)  
2. April 2013, 20.00 Uhr  
Restaurant Löwen, Wimmis  
(BE)



Nationalrätin  
Nadja Pieren (BE)  
2. April 2013, 20.00 Uhr  
Kreuz, Sumiswald (BE)



Nationalrätin  
Nadja Pieren (BE)  
4. April 2013, 20.00 Uhr  
Seehotel Terrasse,  
Bönigen (BE)



Nationalräte  
Adrian Amstutz (BE),  
Albert Rösti (BE)  
10. April 2013, 20.00 Uhr  
Hotel Holiday, Gwatt-Thun  
(BE)



Nationalrat  
Adrian Amstutz (BE)  
26. April 2013, 19.30 Uhr  
Hotel Kreuz, Lyss (BE)

### Kanton Baselland



Nationalräte  
Caspar Baader (BL),  
Thomas de Courten (BL)  
21. März 2013, 20.00 Uhr  
Turnhalle, Röschenz (BL)



### Kanton Basel-Stadt



Nationalrat  
Christoph Blocher (ZH)  
3. April 2013, 20.00 Uhr  
Haus zum Breo, Nadelberg,  
Basel (BS)

### Kanton Luzern



Nationalrätin  
Yvette Estermann (LU)  
8. April 2013, 21.00 Uhr  
Rest. Alpenrose, Kriens (LU)

### Kanton Nidwalden



Nationalrat  
Peter Keller (NW)  
13. März 2013, 09.30 Uhr  
Engel, Stans (NW)

## Treffen Sie Ihre Vertreter in Bundesbern

### Kanton St. Gallen



Nationalrat  
Roland Rino Büchel (SG)  
25. April 2013, 20.30 Uhr  
Rest. Hölzlisberg,  
Eichberg(SG)



Nationalrat  
Lukas Reimann (SG)  
30. Mai 2013, 20.00 Uhr  
Restaurant/Hotel Buch-  
serhof, Grünaustrasse 2,  
Buchs (SG)



Nationalräte  
Verena Herzog (TG),  
Hansjörg Walter (TG)  
8. April 2013, 20.00 Uhr  
Restaurant Traube Dietin-  
gen, Uesslingen (TG)



Ständerat  
Roland Eberle  
6. Mai 2013, 18.00 Uhr  
beim Gewerbeverband, Kra-  
dolf-Schönenberg (TG)



Nationalrat  
Hans Egloff (ZH)  
23. März 2013, 11.00 Uhr  
Im Saal des ref. Kirchgemein-  
dehauses, Oberengstringen (ZH)



Nationalrat  
Hans Fehr (ZH)  
25. März 2013  
Alder's Restaurant, Bauele-  
nhof, Seegräben (ZH)



Nationalräte  
Max Binder (ZH),  
Jürg Stahl (ZH)  
26. März 2013  
Restaurant Sonnenhof, Brüt-  
ten (ZH)



### Kanton Schaffhausen



Ständerat  
Hannes German (SH)  
Nationalrat  
Thomas Hurter (SH)  
25. März 2013, 20.00 Uhr  
Mehrzweckhalle, Stetten  
(SH)



### Kanton Zürich



Nationalrätin  
Natalie Rickli (ZH)  
22. März 2013, 19.15 Uhr  
Rest. Rössli, Rössligasse 7,  
8405 Winterthur-Seen (ZH)



Nationalrat  
Alfred Heer  
11. April 2013, 20.00 Uhr  
Restaurant Muggenbühl,  
Muggenbühlstr. 15, 8038  
Zürich Wollishofen

### Kanton Solothurn



Nationalräte  
Roland Borer,  
Walter Wobmann (SO)  
22. März 2013, 19.00 Uhr  
Rest. Rathskeller, Olten (SO)



Nationalrat  
Gregor Rutz (ZH)  
23. März 2013, 10.30 Uhr  
Rest. Schützenstube, Küs-  
nacht (ZH)

### Kanton Zug



Nationalrat  
Thomas Aeschi  
22. März 2013, 19.30 Uhr  
Burgbachsaal, Dorfplatz 12,  
Zug (ZG)

### Kanton Thurgau



Nationalrat  
Markus Hausammann  
27. März 2013, 20.00 Uhr  
Kirchgemeindehaus, Märs-  
tetten (TG)

## Alle Sessionsanlässe online



Unsere Liste mit den nächsten Treffen wird vor und während jeder Session des Parlaments aktualisiert.

[www.svp.ch](http://www.svp.ch) > **Treffen**  
**Sie SVP-Parlamentarier**

= bei Redaktionsschluss  
bereit durchgeführte Anlässe

# 12 Frühjahrssession 2013



Die Frühjahrssession 2013 fand vom 4. - 22. März statt. Leider lagen bei Redaktionsschluss noch nicht alle Resultate vor, weshalb wir hier lediglich einen unvollständigen Auszug präsentieren können.

Leider ist die Liste jener Geschäfte, bei welchen wir alleine für die Interessen der Schweiz gekämpft haben, einmal mehr länger als jene der Geschäfte, bei welchen wir von den Mitteparteien unterstützt wurden. Dennoch ist es uns bei einigen wichtigen Fragen gelungen, eine Mehrheit zu erhalten und unsere Forderungen durchzusetzen.

## Das hat die SVP erreicht:

### Erster Lichtstrahl in der ständerätlichen Dunkelkammer

Ein erster Schritt zur Transparenz im Ständerat hat die kleine Kammer mit der Einführung der elektronischen Abstimmung endlich vollzogen. Mit der von This Jenny (SVP/GL) beantragten Änderung des Geschäftsreglements wollte der Rat den Diskussionen über nicht korrekt ermittelte Stimmzahlen ein Ende machen. Veröffentlicht werden im Ständerat aber nicht alle Abstimmungsergebnisse. Abstimmungen zu einzelnen Artikeln werden weiterhin nicht offiziell kommuniziert, sondern nur Gesamt- und Schlussabstimmungen. Wann die Neuerung eingeführt wird, entscheidet das Ständeratsbüro.

### Cleantech-Initiative klar abgelehnt!

Dank der Hilfe der SVP wurde die Cleantech-Initiative im Nationalrat mit 112 zu 68 Stimmen klar verworfen. Die wirtschaftsfeindliche Vorlage will mit neuen Abgaben, Subventionen und Vorschriften und Zwängen den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis zum Jahre 2030 auf 50% erhöhen. Ebenfalls klaren Widerstand leistete die SVP beim geplanten indirekten Gegenvorschlag, welcher mittels Verdreifachung der KEV-Abgabe der Initiative entgegenkommen wollte. Dieser wurde trotz Widerstandes unserer Fraktion durch die „Ausstiegsallianz“ angenommen.

### Nein zu neun Bundesräten

Die Regierungsreform, welche das Parlament über zehn Jahre lang beschäftigt hatte, wurde endlich vom Ständerat beerdigt. Nachdem der erste Teil der Vorlage bereits in der Winter-session 2012 versenkt wurde, lehnte er nun auch die gesonderte Vorlage zur Verlängerung des Bundespräsidiums auf zwei Jahre ab. Schliesslich schloss er auch noch das letzte Kapitel der Staatsleitungsreform, indem er eine Standesinitiative des Kantons Tessin ablehnte, welche eine Vergrößerung des Bundesrats auf neun Mitglieder verlangte. Von dem im Jahr 2001 aufgegleisten Reformprojekt bleiben damit nur vier bis sechs zusätzliche Staatssekretäre übrig.





## **Das haben wir den Mitte-Parteien zu verdanken:**

### **Vignette schlägt um 150% auf. Autofahrer werden noch mehr abgezockt!**

Nach mehreren Anläufen haben es die Mitteparteien endlich geschafft, die Autofahrer ein weiteres Mal zu melken: Die Autobahnvignette soll nach dem Willen dieser wirtschaftsfeindlichen Koalition statt 40 Franken neu 100 Franken kosten. Die SVP hatte sich in den Beratungen vergeblich gegen diesen skandalösen Vorschlag gewehrt, dies umso mehr, als die Autofahrer bereits heute ihre Kosten vollständig decken. Bevor man neue Strassenverkehrsabgaben einführt oder bestehende erhöht, sind die Zweckentfremdungen endlich zu stoppen. Es kann und darf nicht sein, dass der Strassenverkehr von seinen Mitteln auf Bundesebene bloss knapp ein Drittel erhält und mit dem restlichen Geld den öffentlichen Verkehr und die Bundeskasse alimentiert.

### **Swissness-Vorlage wird zum Klotz am Bein für Produktionsstandort Schweiz**

Die kurz vor dem Abschluss stehende Swissness-Vorlage schießt weit über das Ziel hinaus. Der löbliche Grundgedanke, dass die Marke „Schweiz“ und das Schweizerkreuz geschützt werden müssen, führt nun wohl dazu, dass wir den Produktionsstandort Schweiz selber schwächen. Viele in der Schweiz hergestellte Produkte werden nach dem Willen des Parlamentes nicht mehr als „swiss made“ verkauft werden dürfen. Lebensmittel sollen künftig nur dann als schweizerisch gelten, wenn mindestens 80% des Gewichts der Rohstoffe aus der Schweiz stammen. Ursprünglich hatte es für stark verarbeitete Lebensmittel tiefere Hürden gewollt. Noch nicht einig sind sich die Räte, wann industrielle Produkte als „swiss made“ verkauft werden dürfen.

### **IV-Revision: Bundesrat und Mitte-Linksparteien brechen ihr Versprechen**

In der Frühjahrssession 2013 hat nun auch der Ständerat entgegen dem Willen der SVP die Vorlage für das zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision aufgeteilt und praktisch alle wesentlichen Sanierungsschritte auf Eis gelegt. Im Unterschied zum Nationalrat will der Ständerat zwar erst ab einem Invaliditätsgrad von 80% eine Vollrente gewähren (der Nationalrat schon bei 70%), aber mehr als eine Schadensbegrenzung ist das nicht. Vom ursprünglichen Sanierungspaket von 700 Millionen Franken, welches dem Volk im Gegenzug zur Erhöhung der Mehrwertsteuer versprochen wurde, sind je nach Version nur noch zwischen 120 Millionen Franken (Ständerat) und 40 Millionen Franken (Nationalrat) übrig.



# INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT ODER IM FRANC-PARLER

**Ganzseitiges Inserat gelesen von  
70'000 Abonnenten für Fr. 5'000.-**

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 70'000  
Leser in der Deutschschweiz und in der Ro-  
mandie. Informationen erhalten Sie unter der  
Telefonnummer **031 300 58 58** oder per E-  
Mail an **klartext@svp.ch**. Unsere Zeitung  
gibt es auch online auf **www.svp.ch**

## A3-Farb-Drucker, -Kopierer, -Scanner, -Telefax

**OKI MC861CDXN**



bis 5 Jahre Onsite-Garantie

- 34 Seiten./min. (26 farbig)
- 3 Kassetten Standard, Vorrat 1500 Blatt
- Stapel-Einzug für 100 Blatt
- Original-Einzug 50 Blatt
- doppelseitig drucken/kopieren
- Zoom 25-400% (Visitenkarte -> A4)
- 40 GB Festplatte
- Zugriffsrechte Farbe steuerbar
- Papiergewicht bis 200g
- Couverts, Folien, Etiketten
- Hervorragende Druckqualität
- Perfekt für Fotos: ProQ2400
- High-Speed USB, Netzwerk
- 500 Kurzwahl-Nr. für Fax
- Kopien <10 Rp. farbig bzw.  
< 1,3 Rp. s/w dank Flexrate
- + vieles, vieles mehr

dank geringen  
Folgekosten meist  
günstiger als A4  
Farbdrucker

für SVP-Mitglieder:

Sensations-Preis

**2690.00**

nach Fr. 700.00 Cashback

exkl. MWSt. **Solange Vorrat**. Preisgünstige Lieferung und  
Installation (ganze Schweiz). Bereits 140 begeisterte Kunden.

OCOTEX AG, 6343 Rotkreuz

041 799 50 00

info@ocotex.ch

GOAL GLOSSAR

**Botschaft**

Ohne klare und verständliche Botschaft kein  
Wahl- oder Abstimmungserfolg. Denn die  
Botschaft überbringt die Kernaussage Ihres  
Anliegens. Wir verleihen Ihrer Botschaft  
Flügel, damit Sie schnell Ihr Ziel erreichen.

**Botschaft**

abgel. v. «Bote»; <lat.> nuntius (Bote, Botschaft)

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**

AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

Wolltest Du schon immer Dein

# Geld sauer verdienen?

Dann bist Du bei uns richtig! Wir suchen Personen, welche unseren **Spezialitätenessig**  
selbständig an Warenmärkten verkaufen. Eignet sich sehr gut als Nebenerwerb.

Scheust Du weder Arbeit noch Präsenzzeit und freust Dich auf viele Kundenkontakte?  
Dann melde Dich bei

**MOSTIS**



Pascal Furer | MOSTI Furer | Gässli 4 | 5603 Staufen | pascal.furer@mosti.ch | 062 891 21 12

www.mosti.ch

## IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 65'000 | Herausgeber und Redaktion:  
Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.  
ch | Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlamentsdienste 3003 Bern, Peter Schaub, Dany Schär

## 13. SVP-Jasscup ein voller Erfolg

Über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer trafen sich am 23. Februar 2013 zum 13. SVP-Jasscup in der Markthalle in Wattwil (SG). Sie klopften einen Jass mit Bundespräsident Ueli Maurer, Parteipräsident Toni Brunner, Nationalrätin Verena Herzog (TG), den Nationalräten Markus Hausammann (TG), Hansjörg Knecht (AG), Felix Müri (LU), Hans Egloff (ZH), Hansruedi Wandfluh (BE), Thomas de Courten (BL) und Ständerat Peter Föhn (SZ). Wir gratulieren der Siegerin Frau Maria Bertschinger aus Ebnat-Kappel, die starke 4464 Punkte erzielte.



*Grosser Andrang für den 13. SVP Jasscup in Wattwil (SG). 350 Jassfreunde aus der ganzen Schweiz reisten an.*



*Nationalrat und Organisator Felix Müri überreicht der Gewinnerin Maria Bertschinger den Pokal. Wir gratulieren.*



*Parteipräsident Toni Brunner begutachtet das Blatt von Bundespräsident Ueli Maurer.*



*In der voll besetzten Markthalle herrschte eine heitere Stimmung.*



*Volle Konzentration. Im Hintergrund: Tisch mit über 300 Preisen.*



*... und Match! Freude herrscht.*

# EINZIGARTIG: DER LEXUS CT 200h VOLLHYBRID.



zahnzimmernentfaltungsbauer

TESTEN SIE DIE INTELLIGENTESTE PREMIUM-KOMPAKT-LIMOUSINE MIT DYNAMISCHEM DESIGN UND BEEINDRUCKENDEN INNEREN WERTEN:

**BEWÄHRTE VOLLHYBRIDTECHNOLOGIE** RÜCKFAHRKAMERA 4 FAHRMODI 4,1 l/100 km VERBRAUCH\*\* ENERGIEEFFIZIENZ-KATEGORIE A 94 g/km CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN\*\* **SPORTFAHRWERK** 17"-LEICHTMETALLFELGEN 136 PS (100 kW) **LED-SCHEINWERFER** TEMPOMAT SITZHEIZUNG VORNE **MULTIFUNKTIONS-SPORTLENKRAD** BLUETOOTH® FÜR AUDIO-/MOBILTELEFONVERBINDUNG ARMLEHNE VORNE **2-ZONEN-KLIMAAUTOMATIK** PANASONIC® PREMIUM-AUDIOSYSTEM **KOMPLETTESTE SERIEN-AUSSTATTUNG** CT 200h F SPORT AB FR. 45 900.-\* CT 200h IMPRESSION BEREITS AB FR. 37 300.-\*

**JETZT PROBE FAHREN.**

lexus.ch

 / LexusSwitzerland

**5000.-** PREMIUM FX-OFFER\*

**1,9%** PREMIUM LEASING\*

**LEXUS HYBRID DRIVE**

VOLLGARANTIE UND GRATISSERVICE WÄHREND 100 000 KM INNERHALB VON 3 JAHREN

 **LEXUS**

\* Premium-Leasing- und Premium-FX-Offerv-Konditionen: gültig für Vertragsabschlüsse bis 30.04.2013 und Inverkehrsetzung bis 31.07.2013. Nur bei teilnehmenden Partnern. Unverbindlicher Basispreis CT 200h F SPORT ab Fr. 50 900.-, 1,8-Liter, 5-türig, abzüglich Premium-FX-Offerv (Währungsvorteil, gültig bis auf Widerruf) Fr. 5000.-, Nettopreis CT 200h F SPORT ab Fr. 45 900.-. Leasingrate monatlich ab Fr. 365,50 inkl. MwSt. Sonderzahlung 25% vom Nettopreis, 48 Monate, 10 000 km/Jahr. Eff. Jahreszins: 1,92%. Kaution 5% des Finanzierungsbetrags. Restwert gemäss Richtlinien der Multilease AG. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt.

\*\* Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 715/2007/EWG. Durchschnittswert CO<sub>2</sub>-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 153 g/km. Die Verbrauchsangaben in unseren Verkaufsunterlagen sind europäische Kraftstoff-Normverbrauchsangaben, die zum Vergleich der Fahrzeuge dienen. In der Praxis können diese je nach Fahrstil, Zuladung, Topographie und Jahreszeit teilweise deutlich abweichen. Wir empfehlen ausserdem den Eco-Drive-Fahrstil zur Schonung der Ressourcen.

**LEXUS CENTER: BASEL** EMIL FREY AG **BERN-OSTERMUNDIGEN** EMIL FREY AG **CRISSIER** EMIL FREY SA **ERLENBACH-ZOLLIKON** EMIL FREY AG **GENÈVE** EMIL FREY SA **NORANCO-LUGANO** EMIL FREY SA **SAFENWIL** EMIL FREY AG **SCHLIEREN** EMIL FREY AG **ST. GALLEN** EMIL FREY AG **WETZIKON** GRUSS EHRLER AG **ZÜRICH NORD** EMIL FREY AG